Glasarbeiter! Setzt den Kampf fort gegen verbindlich erklärten Lohnraub!

184

Folgt dem Beschluß der Malitz-Belegschaft!

Dresden, 22. Januar.

Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurde der für die Weißholzglasarbeiter der Gruppe 4 gefällte Lohnraubschiedsspruch für verbindlich erklärt.

Die sächsischen Weißholzglasarbeiter, denen bereits im November 1930 ein Lohnraub von 3 Prozent aufgezwungen wurde, erfahren jetzt durch den verbindlich erklärten Schiedsspruch einen weiteren Lohnraub von 5 bis 35 Prozent. Die reformistische Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes, die den Schiedsspruch — im Bewußtsein, daß er für verbindlich erklärt wird — ablehnte, konnte nicht genug Worte vom „Kampf" gegen diesen Lohnraub finden. Feig ist sie jetzt zurückgewichen und mutet den Glasarbeitern zu, unter den neuen Lohnraubbedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Malitz-Belegschaft, die in einem Beschluß zum Ausdruck brachte, daß man auch gegen den für verbindlich erklärten Schiedsspruch weiterkämpfen werde,

hat jetzt die Pflicht, verschärft den Kampf weiterzuführen. Daß der Lohnraub weit über die festgesetzten 5 Prozent hinausgeht, zeigt die bereits in den Betrieben veröffentlichte neue Lohntabelle. So erhalten Hofarbeiter statt 70 Pf. nur noch 65 Pf. Stundenlohn. Der Lohn der Arbeiterinnen wird von 45 auf 40 Pf. gekürzt. Die Schlifter, die bisher einen Schichtlohn von 6,77 RM erhielten, erhalten jetzt nur noch 5,30 bis 5,90 RM. Der Wochenlohn für die Reservegleismacher von 46,13 bis 49,06 RM wird in einen Schichtlohn von 7,20 RM umgeändert und fällt die Bezahlung der Feiertage weg. Bei Schmelzgehilfen erfolgt ein Lohnraub von 7,06 RM auf 5,41 bis 6,25 RM pro Schicht. Für die im Akkord Arbeitenden ist der Lohnraub noch beträchtlicher.

Fügen sich die Glasarbeiter diesem für verbindlich erklärten Lohnraubschiedsspruch, so werden in wenigen Wochen die Unternehmer einen neuen Lohnraubvorstoß unternehmen

und auch dann wird die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes wieder zustimmen. Jetzt sehen die Fabrikarbeiter, wie elend sie von den Reformisten betrogen wurden. Jetzt müssen sie erkennen, daß erfolgreich nur gekämpft werden kann unter der Führung der RGO. Hätte man die Taktik der RGO befolgt und alle Glasarbeiter Deutschlands zur Unterstützung der Weißholzglasarbeiter in die Kampffront gezogen, dann wäre der Kampf längst mit einem Erfolg für die Glasarbeiter beendet. In dieser Stunde ruft die RGO den Glasarbeitern zu:

Kämpft gegen den für verbindlich erklärten Schiedsspruch!
Verschärft den Kampf unter der Führung der RGO!
Bereitet weiter gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Der Lohnraub in der sächsischen Metallindustrie verbindlich

Metallarbeiter! Rechnet ab mit den Verrätern! Bereitet neuen Kampf vor!

Der Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie, der einen Lohnraub von 4 Prozent für die Stundenlöhner und 5 Prozent für die Akkordarbeiter vorsah, wurde auf Antrag der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie für verbindlich erklärt.

Die Bürokratie des DMV, die diesem Lohnraubschiedsspruch die Zustimmung gab, ja, mit deren Stimmen er gefällt wurde, hat mit allen Mitteln auf seine Verbindlichkeitserklärung gedrängt. Nun ist Stegerwald dem nachgekommen. Es wird nicht bei diesem Lohnraub bleiben, vielmehr werden die Unternehmer die Akkorde kürzen, soweit es nur möglich ist, und die Folge wird nicht ein Lohnraub von 5 Prozent, sondern von 10 und mehr Prozent sein. Im Mai stehen die Metallproleten in einer neuen Bewegung. Wenn sie dort nicht denselben Lohnraub schlucken wollen, dann ist es notwendig, daß sie schon jetzt unter der Führung der RGO dazu übergehen, die Metallbetriebe zum Kampf zu rüsten. Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen aber müssen besonders in der Metallindustrie zu einer scharfen Abrechnung mit den Reformisten benutzt werden und zeigen, daß die Metallarbeiter aus dieser Bewegung gelernt haben und der RGO folgen.

Tagesordnung z. Kampfkongreß

Zentrales Meldelokal für alle Delegierten: Bürgergarten, Dresden-Löbtau, Lübecker Straße. (Autobuslinien A und J bis „Drei-Kaiser-Hof".)

Sonnabend, den 24. 1. 31: Gruppenkonferenzen für Betriebsdelegierte, Erwerbslose, Angestellte, Kleingewerbetreibende, Bauern, Landarbeiter, Delegierte aus sozialpolitischen Organisationen. — Die Gruppenkonferenzen beginnen am Sonnabend 19,30 Uhr. Die Lokale werden den Delegierten im zentralen Meldelokal bekanntgegeben.

Sonntag, den 25. 1. 31: Plenartagung im Städtischen Ausstellungspalast (Großer Saal). (Lokal zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 2, 4, 10, 12, 20, 21, 26.) Im Mittelpunkt der Plenartagung steht das umfassende Referat:

Massenkampf gegen den Faschismus.

Anschließend daran Aussprache, Wahl eines Bezirks-Aktionsausschusses. — Während der Tagung des Kongresses findet eine Massendemonstration der Dresdner Arbeiterschaft statt.

Vorbereitender Ausschuß.

Im Rahmen des Gesamtkongresses findet am Sonnabend den 24. Januar 19,30 Uhr im Antonstädter Kasino, Louisenstraße, Ecke Talstraße

der Jugend-Kampfkongreß

statt. Die Jugenddelegierten melden sich erst im zentralen Meldelokal.

KJVD, Bezirk Dresden.

Die Betriebsstillegungen in Sachsen

R. R. Heute beschäftigt sich der Landtag mit einem Antrag der KPD und einem Antrag der SPD und einer Anfrage wegen der in Sachsen immer mehr um sich greifenden Betriebsstillegungen der Großbetriebe. Die kommunistische Fraktion nimmt in ihrem Antrag Bezug auf die geplante Stillegung der Kunstseidenfabrik Küttner in Pirna. Durch die Einstellung dieses Betriebes würden 3000 Arbeiter erwerbslos. Pirna würde eine starke Belastung durch Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung erhalten. Die 3000 Arbeiter mit ihren Angehörigen fallen als Konsumenten im bisherigen Umfang aus, hunderte von Kleingewerbetreibenden und Händlern werden in ihrer Existenz aufs schwerste getroffen. Das ist die Lage, die sich hier ergibt.

Im Steinkohlenbergbau in Sachsen besteht eine gewaltige Ueberproduktion. Es sind Bestrebungen im Gange, auch hier von den vorhandenen Schächten eine Anzahl stillzulegen. Das Heer der Erwerbslosen wird weiter vermehrt.

Die Stillegung der verschiedenen großen Werke verdient aber eine besondere Beachtung. Vorgänge der letzten Zeit sind hier Beispiele dafür, daß es sich bei diesen Unternehmungen nicht um direkten Ausfall der Produktion handelt. Die großen Werke konzentrieren die Produktion auf sich, sie vernichten die Mittel- und Kleinbetriebe und sie führen nun einen Konkurrenzkampf gegen andere, gleichartige Großunternehmungen. Um ihren Bestand zu sichern, um im Konkurrenzkampf zu siegen, vollführen sie zwei Maßnahmen: erstens die Erpressung und Erpressung staatlicher Subventionen, zweitens einen weitgehenden Lohnabbau. Beispiele für dieses Vorgehen sind die Firma Villeroy & Boch und das Gußstahlwerk Döhlen. Diese Firmen kündeten die Stillegung an und führten diese auch durch. Damit erpreßten sie große Staatsdarlehen, die der produktiven Erwerbslosenfürsorge entzogen wurden, und gleichzeitig erzwangen sie weitgehende Herabsetzung der Löhne. Es muß der gesamten Arbeiterschaft zu bedenken geben, daß, sobald sich diese Firmen im Besitz der Staatsmittel befinden, sobald die Löhne abgebaut sind, der Betrieb wieder läuft, die Aufträge wieder vorhanden sind.

Offensichtlicher als bei Villeroy & Boch kam dies beim Gußstahlwerk Döhlen zum Ausdruck. Von Anfang an wurde hier erklärt, daß die Quoten für bestimmte Lieferungen gesichert seien. Trotzdem erfolgte die Stillegung.

Als dann die Werksleitung die 6 Millionen Mark Staats- und Gemeindezuschuß erhalten hatte, als sie die Löhne um 7 Prozent abgebaut hatte, ging das Werk wieder.

Jetzt folgt die Firma Küttner mit demselben Ziel. Es handelt sich um eine glatte Produktionssabotage der Unternehmer. Bei der Firma Küttner erhält die Stillegungsdrohung besondere Bedeutung dadurch, daß in der Textilindustrie der Lohntarif abläuft. Mit dem Vorstoß der Firma Küttner soll der erste Angriff größerer Art auf die Textilarbeiterlöhne durchgeführt werden. Gestern ging durch die Presse eine Notiz, daß das Werk vorläufig nicht geschlossen werden soll, daß man aber Verhandlungen über den Abbau der Löhne führe.

Die von der kapitalistischen Regierung in Verbindung mit der Gewerkschaftsbürokratie geführte Subventionspolitik und die Politik des Lohnabbaues ist eine Unterstützung der Lohnraubpolitik der Großunternehmer.

Durch die von der Verbandsbürokratie betriebene Methode der Einschläferung der Arbeiter, der Erzeugung von Illusionen über den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft und die Möglichkeit der Weiterentwicklung der Produktion mit Staatsmitteln wird nur die raschere Konzentration der Produktion auf einzelne Großunternehmungen gefördert, die Lebenslage der Arbeiter verschlechtert, der Bankrott einer Anzahl Klein- und Mittelbetriebe beschleunigt, die Mittel der allgemeinen Arbeitsbeschaffung entzogen, dem Heer der Erwerbslosen nicht geholfen. Der allgemeinen Lohnabbauoffensive wird aber mit dieser Politik Vorschub geleistet.

Die Arbeiter müssen begreifen, daß mit den von der Gewerkschaftsbürokratie angewandten Methoden keine Hilfe für das Proletariat zu erreichen ist. Eine kleine Anzahl Arbeiter bleibt zu heruntergedrückten Löhnen in Arbeit. Die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung für die große Masse der Arbeiter aber werden noch geringer, insbesondere, da die Gelder für die produktive Erwerbslosenfürsorge für einzelne Unternehmer zur Verfügung gestellt werden.

Die kommunistische Landtagsfraktion wendet sich deswegen auch gegen jede Subventionspolitik für die Kapitalisten. Sie fordert Maßnahmen zur allgemeinen Arbeitsbeschaffung, Durchführung des angenommenen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Dabei verschweigt die KPD den Arbeitern und den Massen der Erwerbslosen keineswegs, daß auch die Durchführung dieses Programms keine Hilfe auf längere Zeit bedeutet. Der einzige Ausweg, den heute die Arbeiter noch haben, ist der Weg der proletarischen Revolution, die Enteignung der Enteigner und die Umstellung der Produktion auf den Bedarf, der Aufbau des Sozialismus.

Die von der sozialdemokratischen Führerschaft in Anbetracht der Lage eingeleiteten parlamentarischen Manöver sind nichts anderes wie Maßnahmen zur Unterstützung der Kapitalisten und der Zurückhaltung der Arbeiter vom Kampf. Die SPD bringt Anträge ein, bei denen man sich einloch nichts Positives vorstellen kann, durch die aber bei den Arbeitern Illusionen geweckt und genährt werden. So schreibt die SPD-Fraktion in einem Antrag, die Regierung solle Maßnahmen ergreifen, „die Aufsaugung und Stillegung des sächsischen Steinkohlenbergbaues durch großkapitalistische Kreise zu verhindern".

Dieser Satz zeigt die faschistische Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie, die jetzt mit der Ideologie Hitlers operiert. Dieser Satz ist aber auch das offene Eingeständnis des vollständigen Bankrotts der Theorie des organisierten Kapitalismus. Bei Beginn der Nationalisierungsperiode empfahlen die Arndt und Genossen den Arbeitern genau das Gegenteil von dem, was sie jetzt sagen.

Die Arbeiterschaft kann diesen Bankrotteuren keinen Glauben und kein Vertrauen schenken. Genau solchen Wert besitzt die „Forderung", „der sächsischen Kohle neuen Absatz und neue Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen". Hier bietet sich die Gewerkschaftsbürokratie zur weiteren Hilfsbereitschaft, zum erweiterten Lohnabbau an.

Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, es gibt für sie nur einen Ausweg, den Kampf gegen Lohnraub, den politischen Massenstreik, den Kampf um die Macht.

Nur der Massenkampf verhindert den Lohnraub, nur der Massenkampf schlägt die Produktionssabotage, nur der Massenkampf ist Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit für das Proletariat.

Die Massen der Arbeiter dürfen sich nicht täuschen lassen durch die von den Unternehmerverbänden vorgeschlagenen Hilfsmittel, diese helfen nur einer Gruppe von räuberischen Großkapitalisten, sie vergrößern das Elend der Massen.

Aufgabe der Kommunisten ist es, hier mit aller Klarheit die Zusammenhänge aufzuzeigen und keine Täuschungen zu dulden.

Nur KPD gegen Angestelltenkündigung

SPD für Brotlosmachung

Berlin, 22. Januar. (SP-Drahtmeldung.)

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages beantragte Genosse Langer, daß vom Reich in viel stärkerem Maße zur Verfügung gestellt werden soll, daß die Kündigung von 100 Angestellten im Statistischen Reichsamt rückgängig gemacht werden kann. Dieser Antrag fand aber zu Fall, bei der Abstimmung Stimmen dagegen (Kommunisten und Nationalsozialisten) sich für die Streichung von 100 Angestellten.

Zolle Kühn-Provokation

Kampfkongreß-Transparente mit Polizei und Feuerwehr beschlagnahmt

Dresden, 22. Januar.

Heute morgen erschien ein Polizeikommando, begleitet von Feuerwehr, um vor dem Büro der Roten Hilfe angebrachte Transparente zu beschlagnahmen. Die ganze unerhörte Willkür, aber auch die von den SPD-Führern den Arbeitern ge-

(Fortsetzung von Seite 1)

Nicht anders ist das Verhalten der „linken" SPD-Führer. Der oben angeführte Aufruf ist der Angstschrei vor dem Klassenbündnis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. Die SPD-Führer wissen, wenn dieses Bündnis die Millionen der Ausgebeuteten erfaßt, daß dann der Faschismus mit eiserner Faust zerschlagen ist; daß dann aber auch die Stunde für die Auftraggeber der faschistischen Mordkolonnen, für die Kapitalisten und ihre bankrotte Herrschaft geschlagen hat. Sie wissen, daß dann ihre eigene Rolle zur Verhinderung der Volksrevolution ausgespielt ist.

SPD- und Reichsbannerarbeiter! Macht einen Strich durch die Rechnung eurer Führer! Helft, wo der weiße Mob wütet, helft ihr vor den kommunistischen Arbeitern, von den Arbeitern des Kampfbundes verteidigt werden. Rücksichtslos haben sie ihr Leben für euch eingesetzt, während eure Klassenverräter, in jedem Sozialpolitischen Sprechen Führer von gestern Stadt aus auch proteste: „Folgt nur unseren Manöverungen! Glaubt den falschen kommunistischen Propheten!"

Formiert die proletarische Einheitsfront! Zum Kampfkongreß gegen den Faschismus werden bereits Tausende unter Kameraden, organisiert sein. Geh hin: In der Stunde, in der ihr über den Kopf eurer verräterischen Führer hinweg die Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern bildet, hat die Todesstunde des Faschismus geschlagen.

125 Monate Gefängnis!

Unerhörtes Klassenurteil zugunsten eines SPD-Landrates / Mit Rot-Front-Rufen ins Gefängnis

Liegnitz, 22. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Bunzlauer Aufruhrprozeß beantragte der Staatsanwalt, der eine unglaubliche Hetze gegen die Kommunisten entfaltete, gegen 9 Angeklagte, denen keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden konnten, 38 Monate Zuchthaus und 30 Monate Gefängnis. In den Reden der Verteidiger zerpflückten sie alle Argumente und wiesen die moralische und strafrechtliche Unschuld der Angeklagten nach. Trotzdem verurteilte sie das Klassengericht zu der grausamen Strafe von insgesamt 125 Monaten Gefängnis. Der jüngste Angeklagte ist 15 Jahre, der älteste weit über 60 Jahre. 3 Arbeiter wurden sofort im Gerichtssaal, nachdem Schupo herbeigerufen worden war, verhaftet.

Das Klassengericht ließ sie sofort abführen; mit einem kräftigen Rot Front verließen sie den Gerichtssaal. Die Verteidiger der Roten Hilfe haben Haftbeschwerde eingelegt. In der Begründung stellte das Gericht natürlich fest, daß der SPD-Landrat an dem Blutbad, bei dem 3 Arbeiter getötet und 8 schwer verletzt wurden, „unschuldig" gewesen sei, obwohl beträchtlich sozialdemokratische Zeugen und Angeklagte ihn als den Verantwortlichen bezeichneten. Dieses Urteil gegen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter hat in Bunzlau ungeheures Aufsehen und stürmische Empörung unter den SPD-Arbeitern hervorgerufen.

SPD-Vorsteher läßt KPD-Fraktion aus dem Saal schleifen

Berlin, 22. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

In der gestrigen Bezirksversammlung Weißensee ereignete sich ein unerhörter Skandal. Die gesamte kommunistische Fraktion in Stärke von 11 Mann wurde aus dem Saal geschleift. Damit wollte man verhindern, daß unsere Genossen sich energisch für die von ihnen zahlreich gestellten Anträge einsetzten. Die Tribünenbesucher verliehen ebenfalls mit einem kräftigen Rot Front die Tribünen. Die Schuld der Schandtat dieses Abends fällt auf das Konto des sozialdemokratischen Vorstehers. Die KPD ist im Bezirksparlament die stärkste Fraktion, sie hatte in Weißensee 14 000 Stimmen, die SPD dagegen nur 10 000.

Der Krach in der Wirtschaftspartei

Nachdem bereits der Landesverband Sachsen der Wirtschaftspartei seinen Vertreter aus dem Parteivorstand zurückzuziehen beschlossen hat, findet jetzt auf Einladung des Landesverbandes Sachsen eine Konferenz in Dresden statt, an der Vertreter der Wirtschaftspartei aus Thüringen, dem Rheinlande, Hamburg, Mecklenburg und Berlin teilnehmen werden. Wie die bürgerliche Presse berichtet, soll auf dieser Konferenz beschlossen werden, die Schaffung einer neuen Organisation in die Wege zu leiten, falls nicht auf einem schleunigst einzuberufenden Parteitag die bisherige Leitung der Partei zurücktritt und die Partei selbst völlig reorganisiert wird.

Der Kampf in der reaktionären kleinbürgerlichen Wirtschaftspartei ist der Kampf um Positionen der einen Gruppe, die von Drewitz geführt wird gegen die Gruppe, an deren Spitze Taloffer steht. Nachdem Drewitz zunächst mit Hilfe des Parteiausschusses über Taloffer obsiegt hat, scheint nach Lage der Dinge die Spaltung der Wirtschaftspartei unvermeidlich. Die neue Partei wird nicht weniger als die Partei Drewitz eine typisch reaktionäre im Interesse des Großkapitals liegende Politik betreiben. Die gepriesene „überparteiliche" Staatsmacht der Republik zeigt sich aufs krasseste darin, daß es Transparente waren, auf denen lediglich Losungen zum Kampfkongreß standen. Die Losung lautete: „34 Arbeiter wurden im Jahre 1930 von den Faschisten ermordet. Wählt Delegierte zum Kampfkongreß!"

Ganze Belegschaft aus dem Buchdruckerverband ausgeschlossen

Gotha, 21. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In der gestrigen Ortsvereinsversammlung der Buchdrucker Gotha unternahm die Gewerkschaftsbürokratie einen unerhörten Vorstoß gegen die Belegschaft der Druckerei des Thüringer Volksblattes. Die Tatsache der Schaffung einer revolutionären Stoßbrigade in der Druckerei „Freiheit" veranlaßte die Gewerkschaftsbürokratie, gegen sämtliche organisierten Buchdrucker in dieser Druckerei Ausschlußverfahren einzuleiten. An der Spitze der Vorstöße steht der berüchtigte Kommunistenfresser Wirsing, Weimar. Das Ausschlußverfahren gegen etwa 25 Kollegen ist eingeleitet und liegt in der Linie der Angriffe auf unsere Parteizeitungen. Die Belegschaft solidarisierte sich mit Ausnahme von 5 Abtrünnigen mit der im Kampf stehenden Belegschaft der Roten Fahne und gelobt, den Schlag der Gewerkschaftsbürokratie energisch abzuwehren.